

UNTERRICHTUNG

durch die Landesbeauftragte Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Jahresbericht 2011

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Einleitung	3
2. Beratung	5
2.1 Bürgerberatung	5
2.2 Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen	10
3. Politisch-historische Aufarbeitung	11
3.1 Forschungsprojekte	11
3.2 Veröffentlichungen	13
3.3 Veranstaltungen	13
3.4 Ausstellungen	15
4. Zusammenarbeit	16
5. Anhang mit Grafiken und Tabellen	19

1. Einleitung

Das zurückliegende Jahr 2011 war insbesondere geprägt von der Erinnerung an den Mauerbau am 13. August 1961 vor genau 50 Jahren. Dieses historische Ereignis, der Mauerfall 1989 und das Gedenken an die Opfer waren Gegenstand zahlreicher Veranstaltungen, Projekte und Fachtagungen der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen im Berichtsjahr 2011. Wir haben den 50. Jahrestag des Mauerbaus zum Anlass genommen, um nicht nur an dieses historische Datum zu erinnern. Wir wollten auch fragen: „Wie sah diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze der Alltag der Menschen aus?“ Die Berliner Mauer war das zementierte Zeichen nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Teilung.

Mit dem Ausbau ihrer Westgrenze begann die DDR schon kurz nach ihrer Gründung. Es wurden Absperranlagen ausgebaut, übermannshohe Zäune aus Stacheldraht gezogen, Gräben ausgehoben, Alarmeinrichtungen installiert. Schwer bewaffnete Grenzsoldaten überwachten jeden einzelnen Meter rund um die Uhr. In den 70er Jahren kamen Selbstschussanlagen und Bodenminen dazu. Auch die wenigen Grenzübergangsstellen wurden systematisch aufgerüstet. Mit Hilfe von Röntgenstrahlen sollten Flüchtlinge, die sich in Fahrzeugen versteckt hielten, aufgespürt werden.

In den vierzig Jahren ihrer Existenz, zwischen 1949 und 1989, haben über drei Millionen Menschen die DDR verlassen. Über eintausendsechshundert Menschen verloren ihr Leben bei dem Versuch, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu gelangen.

Die hermetische Abriegelung der Grenze diente nur einem einzigen Zweck: Die Bürger der DDR sollten mit allen Mitteln an einer Flucht in den anderen Teil Deutschlands gehindert werden.

Mit einer großen gemeinsamen Veranstaltung der Behörde der Landesbeauftragten und der Landeszentrale für politischen Bildung am 12. und 13. August 2011 sollte an diesen Teil der deutschen Geschichte erinnert werden.

Die Fachtagung am 12. August 2011 in Schlagsdorf „Diesseits und Jenseits der innerdeutschen Grenze. Der Mauerbau und seine Folgen für die Menschen zwischen Ostsee und Elbe“ hatte den Focus auf die innerdeutsche Grenze als ein Symbol für Unfreiheit gerichtet. Vorträge der Wissenschaftler wurden ergänzt durch die Berichte der Zeitzeugen von Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze und den Fluchtversuchen über die Ostsee sowie durch die Erinnerungen eines ehemaligen Bundesgrenzschutzmitarbeiters.

Am 13. August kamen dann viele Gäste, unter ihnen etliche Zeitzeugen und Politiker des Landes, zu der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Mauerbaus in die Kirche St. Petrus und St. Paulus nach Zarrentin, um ein Zeichen gegen das Vergessen und gegen die Verharmlosung der Diktatur zu setzen. Die Diktatur wurde überwunden, weil sich die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit nicht dauerhaft einmauern lässt.

An dieses historische Datum sollte aber nicht allein mit Fachtagung und Gedenkveranstaltung erinnert werden. Zwischen dem 15. und 18. August 2011 wurden an verschiedenen Orten im ehemaligen Grenzgebiet in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Ausstellungen, Lesungen, Schulprojekte, Beratungen und Gesprächsrunden durchgeführt. Die Veranstaltungen zu diesem dunklen Kapitel der deutsch-deutschen Teilung sollten bei den Menschen vor Ort stattfinden und diese Angebote wurden dankbar angenommen. Dass das Interesse an einer Auseinandersetzung mit diesem Thema groß ist, zeigten die zahlreichen Besucher: Zu den Veranstaltungen konnten über 1000 Gäste begrüßt werden. An allen Veranstaltungsorten stand der Bus „Demokratie auf Achse“ mit seinem gesamten Beratungs- und Informationsangebot zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Ereignisse erfüllte die Landesbeauftragte 2011 die ihr obliegenden Aufgaben. Die besondere Aufmerksamkeit lag auch 2011 in der Beratung und Betreuung der Betroffenen politischer Verfolgung der SED-Diktatur. Zunehmend meldeten sich ehemalige Heimkinder bei der Landesbeauftragten, die in den Jahren zwischen 1945 und 1989 in den verschiedensten Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe untergebracht waren. Auch das wachsende Interesse der Öffentlichkeit an der eigenen biografischen Aufarbeitung war in den Gesprächen spürbar. Neben der intensiven Beratungstätigkeit stiegen auch die Anfragen der Aufarbeitungsinitiativen und Verfolgtenverbände. Die zahlreichen Initiativen im Bereich der politischen Bildung sowie der politisch-historischen Aufarbeitung mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Vorträgen, Fortbildungen und Seminaren trugen dazu bei, die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur zu befördern und die Erinnerung an das diktatorische System wachzuhalten und damit das Engagement für die Demokratie zu stärken.

Die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter der Behörde der Landesbeauftragten war sehr hoch, zudem verschärft durch längere Fehlzeiten einer Mitarbeiterin. Die zeitweilige Umsetzung einer Mitarbeiterin aus dem Bildungsministerium endete bereits im Dezember 2010, sodass eine Stelle in der Behörde der Landesbeauftragten unbesetzt blieb. Entlastung brachte die befristete Einstellung einer externen Mitarbeiterin ab Mitte Februar 2011. Ab Juni 2011 standen wieder alle vier festen Mitarbeiter zur Verfügung. Trotz dieser Defizite in der personellen Ausstattung erfüllten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde mit großem Engagement die dienstlichen Aufgaben.

Im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung konnte das Projekt „Demokratie auf Achse“ auch 2011 fortgeführt werden. Das Projektteam führte im Berichtszeitraum zahlreiche Veranstaltungen, Bildungsangebote, Projekt- und Informationstage an über 90 Orten im Land Mecklenburg-Vorpommern durch und legte dabei über 20.000 km mit dem Bus zurück. Eine Auflistung der umfangreichen Aktivitäten des Teams vom Demokratiebus ist im Anhang zu finden.

2. Beratung

Gemäß ihres gesetzlichen Auftrags nach dem Stasi-Unterlagen-Ausführungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern können die Bürgerinnen und Bürger sich mit ihren Fragen zur Akteneinsicht, zu möglichen Rehabilitierungsverfahren, zur Opferrente oder auch bei allgemeinem Gesprächsbedarf zum Thema DDR-Vergangenheit und Staatssicherheit jederzeit an die Geschäftsstelle der Landesbeauftragten in Schwerin wenden. Fester Bestandteil des Beratungsangebotes der Landesbeauftragten sind die etwa monatlichen Beratungstage in Rostock. Daneben wurden 2011 auf externen Beratungstagen knapp 600 Bürger erreicht: Die Beratungstage in Crivitz und Ludwigslust erfolgten in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Schwerin, die Bürgersprechtage in Wismar, Ribnitz-Damgarten und Greifswald mit der Außenstelle Rostock sowie der Beratungstag in Waren/Müritz mit der Außenstelle Neubrandenburg des Bundesbeauftragten. Die Termine in Neustrelitz, Güstrow, im Amt Neuhaus, in Ribnitz-Damgarten und Waren/Müritz wurden mit Unterstützung des Busteams des Projekts „Demokratie auf Achse“ durchgeführt. Daneben gab es noch einen zusätzlichen Sprechtag in Stralsund.

2.1 Bürgerberatung

Für die Bürgerberatung der Landesbeauftragten war das Jahr 2011 geprägt von den Fragen, die durch die Novellierung des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes Ende 2010 aufgeworfen wurden. Wesentliche Veränderungen betreffen die Verlängerung der Antragsfristen für alle Rehabilitierungsgesetze (strafrechtlich, verwaltungsrechtlich, beruflich) bis 31.12.2019 sowie Präzisierungen der Regelungen um die Opferrente.

Neu in das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz aufgenommen wurde die Anordnung einer Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche als eine außerhalb eines Strafverfahrens ergangene gerichtliche oder behördliche Entscheidung, mit der eine Freiheitsentziehung angeordnet worden ist, die der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat.

Bei der Opferrente wird durch die oben erwähnte Novellierung das Kriterium der rehabilitierten Mindesthaftzeit präzisiert: Statt 6 Monate sind dafür nun 180 Tage zu Unrecht anerkannte Haft notwendig. Bei der Bedürftigkeitsprüfung können jetzt das Kindergeld, Kinderfreibeträge sowie angemessene Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung vom Einkommen abgesetzt werden. Die Regelung zur vorläufigen Einkommensfestsetzung erleichtert den Umgang mit Monatseinkommen in unterschiedlicher Höhe. Abgeschafft wird die turnusmäßige Einkommensüberprüfung. Für die Opferrente wird eine Härtefallregelung entsprechend der für die Kapitalentschädigung eingeführt. Vom Bezug der Opferrente ausgeschlossen werden Personen, die wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 3 Jahren rechtskräftig verurteilt sind.

Die mit Bundestagsbeschluss vom 30. September 2011 verabschiedete 8. Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) trat nach der Zustimmung des Bundesrats vom 4. November 2011 mit Verkündung im Bundesgesetzblatt am 31.12.2011 in Kraft und konnte sich auf die Beratungstätigkeit im Berichtszeitraum nicht mehr auswirken. Besondere Bedeutung für die Bürgerberatung ist durch den erleichterten Zugang zu den Unterlagen verstorbener naher Angehöriger zu erwarten.

Auch 2011 wandten sich viele Betroffene von Einweisungen in Heime und Jugendwerkhöfe an die Landesbeauftragte und machten auf das von ihnen erlittene Leid und Unrecht aufmerksam. Durch die Diskussion um den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts¹ von Mai 2009, das klarstellt, dass im Einzelfall die Rehabilitierung eines Heimaufenthaltes möglich ist und bestärkt von der Debatte des seit Februar 2009 arbeitenden Runden Tisches Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren² über die Heime im Westen, wurden Forderungen nach einer Entschädigungsregelung auch für Betroffene der DDR-Heimerziehung laut.

Der seit März 2010 eingerichtete Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch ...“³ informierte sich in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau über das DDR-Heimsystem, stellte aber keine spezifischen Forderungen.

Im September 2010 befasste sich der Europa- und Rechtsausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern mit dem Themenkomplex „Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ und lud die Landesbeauftragte Frau Pagels-Heineking und die Betroffene Frau Puls zu einer Anhörung.

Die Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs Christine Bergmann forderte im Mai 2011 in ihrem Abschlussbericht eine eigene Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung, spezifische Beratung und Therapien sowie Hilfemodelle in Anlehnung an die Ergebnisse des Runden Tisches West.⁴

Am 27. Mai 2011 beschloss die Jugendministerkonferenz der ostdeutschen Länder, zeitnah eine Lösung nach den Empfehlungen des im Februar 2011 vorgelegten Abschlussberichtes des Runden Tisches West⁵ auch für die Betroffenen der DDR-Heimerziehung einzuführen.⁶

Der Landtag MV begrüßte am 1. Juli 2011 den in den Bundestag eingebrachten interfraktionellen Antrag „Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen“ und benannte die Landesbeauftragte MV als Anlaufstelle.⁷ Am 7. Juli 2011 beschloss der Bundestag mit diesem Antrag eine zeitnahe Umsetzung von Hilfeangeboten in Anlehnung an den Runden Tisch West.⁸ Mitte Juli 2011 konstituierte sich eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern „Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung“, um Vorschläge für eine Lösung zu erarbeiten.

Betroffene von Einweisungen in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe haben am 12. November 2011 auf einer Tagung in Schwerin auf Einladung der Landesbeauftragten einen Interessenverband gegründet. Die Teilnehmer haben ihre eigenen Vorstellungen für eine Wiedergutmachung des von ihnen erlittenen Unrechts formuliert. Wichtigste Forderungen waren die wissenschaftliche und politische Aufarbeitung, um eine gesellschaftliche Anerkennung des Systemunrechts in der DDR-Heimerziehung zu erzielen. Darüber hinaus wurden angemessene Entschädigungsregelungen und die Einrichtung einer Anlaufstelle in MV gefordert.

¹ BVerfG, 2 BvR 718/08 vom 13.5.2009, Absatz-Nr. (1 - 28),
http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20090513_2bvr071808.html

² <http://www.rundertisch-heimerziehung.de/>

³ <http://www.rundertisch-kindesmissbrauch.de/>

⁴ <http://beauftragter-missbrauch.de/mod/resource/view.php?id=399>

⁵ http://www.rundertisch-heimerziehung.de/documents/RTH_Abschlussbericht_000.pdf

⁶ http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/5527/TOP_6_4b__endg__ltige_Fassung.pdf

⁷ <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=30722&page=0>

⁸ <http://dip.bundestag.de/btd/17/061/1706143.pdf>

Die Konferenz der Landesbeauftragten setzte sich für eine Verlängerung der Aufbewahrungsfristen der DDR-Lohnunterlagen von ursprünglich 31.12.2011 bis Ende 2016 ein. Die Unterlagen können insbesondere bei der Beruflichen Rehabilitation als Beleg für Verfolgungsmaßnahmen dienen.

Weiterhin erarbeitete die Konferenz der Landesbeauftragten zum Jahresende Vorschläge für eine Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und des Bundesversorgungsgesetzes, die 2012 in den politischen Prozess eingebracht werden sollen. Die Konferenz nahm im November 2011 Stellung zur Problematik der Beratung und Hilfen für Betroffene der DDR-Heimerziehung und fordert insbesondere verstetigte Hilfen sowie eine einheitliche Rechtsprechung in den Rehabilitierungsverfahren zu Heimeinweisungen.

Im Berichtsjahr 2011 haben sich insgesamt 963 Bürger mit ihren Beratungsanfragen an die Bürgerberatung der Landesbeauftragten gewandt. 812 Personen nutzten erstmals das Beratungsangebot. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr mit 1.210 Anfragen insgesamt erklärt sich insbesondere daraus, dass die Zahl der 577 Anfragen zu Anträgen auf Akteneinsicht bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes gegenüber dem Vorjahr mit 807 Anfragen deutlich gesunken ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das überproportionale Interesse an den Stasi-Akten in den Jubiläumsjahren der Friedlichen Revolution 2009 und der Deutschen Einheit 2010 auch auf die mediale Dauerpräsenz geschichtlicher Themen zu DDR und Stasi zurückzuführen sein dürfte.

386 Bürger wurden zu Rehabilitierungsverfahren, zu Fragen der Opferrente und persönlichen Konfliktsituationen beraten, darunter 120 Betroffene von Einweisungen in Kinderheime und Jugendwerkhöfe gegenüber 65 im Vorjahr. 235 Personen suchten zu Rehabilitierungsfragen erstmals Rat bei der Landesbeauftragten. Hier ist gegenüber dem Vorjahr mit 219 Fällen eine Steigerung zu verzeichnen.

151 Personen wandten sich wiederholt an die Landesbeauftragte, darunter etliche Bürgerinnen und Bürger, die schon seit Jahren betreut werden (siehe Grafik 1).

Was die Zahlen nicht widerspiegeln können, ist der gestiegene Zeitaufwand durch zunehmend komplizierte Fälle vor allem in den Rehabilitierungsverfahren von Einweisungen in Heime und Jugendwerkhöfe und die notwendige intensivere Betreuung gerade dieser Betroffenen-gruppe.

Die Antragszahlen in den drei Außenstellen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern sind im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig gesunken (Tabelle 1).

Nach erfolgter Einsicht in die Stasi-Unterlagen besteht für die Antragsteller die Möglichkeit, eine Decknamenentschlüsselung zu beantragen, um die tatsächlichen Namen der in den Stasi-Akten benannten inoffiziellen Mitarbeiter (IM) herauszufinden. In der Außenstelle Neubrandenburg des Bundesbeauftragten wurden im Berichtsjahr 371 Anträge auf Decknamenentschlüsselung gestellt, in Rostock 514 und in Schwerin 604.

Von Januar bis Dezember 2011 wurden beim Referat Rehabilitation und Wiedergutmachung im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern 91 Anträge auf Zahlung der Kapitalentschädigung für zu Unrecht erlittene Haft nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitation sowie 206 Anträge auf Berufliche oder Verwaltungsrechtliche Rehabilitation gestellt.

Insgesamt sind seit Inkrafttreten des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1992 bis Ende 2011 in MV 12.181 Anträge auf Zahlung der Kapitalentschädigung nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitierung gestellt worden.

Nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sind seit Inkrafttreten 1994 in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 17.544 Anträge gestellt worden, davon 12.275 auf Berufliche Rehabilitierung und 5.269 auf Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung. Bis Dezember 2011 wurden insgesamt 12.189 endgültige Bescheide erteilt, darunter waren 7.357 Bewilligungen inklusive Teilablehnungen. 4.832 Anträge wurden abgelehnt. Ende 2011 waren im Referat Rehabilitierung und Wiedergutmachung 237 Anträge nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz noch nicht abschließend bearbeitet.

Im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern sind seit 2007 insgesamt 6.038 Anträge auf Gewährung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer (sogenannte Opferrente) nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes eingegangen. Im Berichtszeitraum 2011 wurden insgesamt 200 neue Anträge eingereicht. Von 2007 bis zum 31.12.2011 wurde für insgesamt 4.334 Antragsteller die Zuwendung in voller Höhe von 250 Euro bzw. teilweise bewilligt. Abgelehnt wurden seit 2007 insgesamt 643 Anträge, davon 216 wegen Unterschreitung der Mindesthaftdauer, 65 wegen Überschreitung der Einkommensgrenze und 106 wegen Ausschlussgründen.

Ehemalige politische Häftlinge, die strafrechtlich rehabilitiert wurden oder eine Anerkennung nach dem Häftlingshilfegesetz haben, die aber wegen einer zu kurzen Haftdauer von unter 6 Monaten nicht die sogenannte Opferrente bekommen, können bei der Bonner Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Unterstützungsleistungen beantragen (Tabellen 2 und 3).

Bis Ende Dezember 2011 lagen bei der zuständigen Abteilung Soziales im Versorgungsamt Neubrandenburg des Landesamtes für Gesundheit und Versorgung Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 881 Anträge auf Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden vor. In lediglich 100 Fällen erfolgte eine Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden von über 25 % Grad der Schädigungsfolgen als Voraussetzung für die Gewährung von Versorgungsleistungen wie der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Die niedrige Quote der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden steht im Widerspruch zu den in der Beratungsarbeit gemachten Erfahrungen der Landesbeauftragten. Die Landesbeauftragte fordert eine Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens und eine Änderung der gesetzlichen Regelungen: die Umkehr der Beweislast und die Anwendung der Regelung des Bundesentschädigungsgesetzes mit der Tatsachenvermutung, dass politische Haft in der DDR von mindestens einem Jahr zu einem Grad der Schädigungsfolgen von über 25 % geführt hat (sog. „Bautzen-Beweis“). Insbesondere der lange Verfahrensweg von mehreren Jahren mit Widerspruchsverfahren und Auseinandersetzungen über die Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit ist für die Antragsteller sehr belastend. Hier besteht gerade für Betroffene, die aufgrund ihrer Repressionserfahrungen unter Posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, die Gefahr der Retraumatisierung. Die Landesbeauftragte fordert die Einhaltung von fachlichen Standards bei der Benennung von Gutachtern durch das Versorgungsamt. Insbesondere bei der Begutachtung von Traumatisierten sollten die Gutachter neben ihrer fachlichen Expertise als Psychologe, Psychiater, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie auch Kenntnisse des neueren Forschungsstands der Traumatalogie sowie der Repressionspraktiken in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR aufweisen.

Fallbeispiel Herr H. (Name geändert)

Am Beispiel von Herrn H. lassen sich verschiedene Probleme im Zusammenhang mit dem Rehabilitierungsrecht und der Opferrente nachzeichnen:

Herr H. war 1965 vom Jugendhilfeausschuss der Stadt Leipzig des Referats Jugendhilfe u.a. wegen des Vorwurfs der Staatsverleumdung in das Spezialkinderheim für Schwererziehbare in Bräunsdorf (Bezirk K.-Marx-Stadt) eingewiesen worden. Im Frühjahr 1966 wurde er für ein knappes halbes Jahr zur Disziplinierung in den berüchtigten Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau verbracht und anschließend bis 1968 in den Jugendwerkhof Wolfersdorf (Bezirk Gera).

Seit dem Beschluss des Kammergerichts Berlin Ende 2004 werden Einweisungen in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau immer strafrechtlich rehabilitiert. Wegen der dort erfolgten schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen kam das Kammergericht zu der Auffassung, dass Einweisungen nach Torgau „unabhängig von den Gründen für die Anordnung regelmäßig mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar“ seien.⁹

Herr H. hatte sich 2005 aufgrund eines Zeitungsberichts an die Bürgerberatung der Landesbeauftragten gewandt und wegen der Einweisung nach Torgau eine strafrechtliche Rehabilitierung beantragt und war mit Beschluss des Landgerichts Berlin im Frühjahr 2006 erfolgreich. Herr H. erhielt daraufhin für jeden der sechs angefangenen und als zu Unrecht anerkannten Monate Freiheitsentziehung eine Kapitalentschädigung.

Sein 2007 gestellter Antrag auf die Besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) wurde abgelehnt, da er die anerkannte Mindesthaftdauer von sechs Monaten geringfügig unterschritt. Die Höchsteinweisungsdauer nach Torgau betrug sechs Monate. Da zumeist aus technischen Gründen wenige Tage vorzeitig entlassen wurde, kommen die meisten Torgau-Insassen nicht in den Genuss der Opferrente. Wegen sozialer Bedürftigkeit konnte Herr H. Unterstützungsleistungen bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge beanspruchen und dort auch Folgeanträge jeweils ein Jahr nach Leistungsgewährung stellen.

Aufgrund der seit der Novellierung des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes Ende 2010 eingeführten Härteregel wurde von Herrn H. ein erneuter Antrag auf Opferrente gestellt mit der Begründung, dass die nun notwendigen 180 Tage rehabilitierter Freiheitsentziehung aus entlassungstechnischen Gründen um 2 Tage unterschritten worden seien. Dieser Antrag musste letztlich wegen einer weiteren rehabilitierten Haftzeit nicht mehr entschieden werden.

Wegen der durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts¹⁰ ausgelösten Diskussion um eine mögliche strafrechtliche Rehabilitierung auch für Einweisungen in Heime und Jugendwerkhöfe stellte Herr H. nun auch einen Antrag für die Einweisungen nach Bräunsdorf und Wolfersdorf. Daneben wurden im Rahmen der Beratung umfangreiche Recherchen nach den Jugendhilfe- und den Stasi-Unterlagen ausgelöst, um die politischen Gründe der Einweisung zu belegen. Die Anfragen an das Jugendamt Leipzig, das Stadtarchiv Leipzig, das Sächsische Landesamt für Familie und Soziales, das Thüringische Staatsarchiv Rudolstadt, das Kreisarchiv Wernigerode sowie bei den Nachfolgeträgern der Einrichtungen in Bräunsdorf und Wolfersdorf blieben erfolglos.

⁹ Kammergericht Berlin, 5 Ws 169/04 REHA, siehe: <http://www.gerichtsentscheidungen.brandenburg.de/jportal/?quelle=jlink&docid=KORE565582005&psml=sammlung.psml&max=true&bs=10>

¹⁰ BVerfG, 2 BvR 718/08 vom 13.5.2009, Absatz-Nr. (1 - 28), http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20090513_2bvr071808.html

Mit Beschluss des Landgerichts Leipzig von August 2011 wurde der Antrag von Herrn H. verworfen, da sich „aus den Angaben des Antragstellers keine auf ihn bezogene politische Motivation für die Heimerziehung belegen“¹¹ ließe. Herr H. legte gegen diesen Beschluss Beschwerde ein.

Mit dem Antrag auf Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen sollte der Beleg erbracht werden, dass die Einweisung von Herrn H. in das Spezialkinderheim Bräunsdorf im Zusammenhang mit seiner Beteiligung am sogenannten Beat-Aufstand am 31.10.1965 in Leipzig erfolgte.¹²

Dabei protestierten mehrere hundert Jugendliche öffentlich gegen das Verbot von Musikgruppen aus der Beatszene. Dank der engagierten Recherche der Mitarbeiter der Außenstelle Leipzig des Bundesbeauftragten konnten entsprechende Unterlagen aufgefunden werden: H. „wurde am 16.11.65 aufgrund der Vorkommnisse in Leipzig, wobei er sich durch Herstellung und Verbreitung von Hetzschriften mitbeteiligte, in das Spezialkinderheim in Bräunsdorf eingewiesen. ... [geschwärzt] fand Gefallen am Auftreten des H. im Heim Bräunsdorf und ihm imponierte, dass H. als [sic] ‚politischen Gründen‘ dort Aufnahme gefunden hatte.“¹³

Ebenfalls politisch motiviert war die Einweisung in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau im Frühjahr 1966 und die anschließende Einweisung in den Jugendwerkhof Wolfersdorf: „Im Spezialkinderheim ‚Martin-Andersen-Nexö‘ Bräunsdorf, Kreis Freiberg, befand sich am 7. und 8.12.65 je ein Flugblatt an der Wandzeitung, welches Verleumdungen gegen den Genossen Walter Ulbricht enthielt.“¹⁴

Mit Unterstützung der Landesbeauftragten konnte Herr H. seine Beschwerde vor dem Oberlandesgericht Dresden erfolgreich begründen und wurde im April 2012 für die Zeit von 1965 bis 1968 rehabilitiert. Herr H. konnte nun für die anerkannte Freiheitsentziehung eine weitere Kapitalentschädigung beantragen und hatte jetzt die Mindesthaftdauer für die Opferrente weit überschritten.

2.2 Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen

Auch 21 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist die Überprüfung von Personen auf eine hauptamtliche bzw. inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst immer noch Bestandteil der Beratung der Landesbeauftragten.

Mit Gesprächsbedarf zu Fragen der Überprüfungen oder mit Anfragen zum Akteneinsichtsverfahren wandten sich im Berichtszeitraum verschiedene öffentliche und nichtöffentliche Stellen an die Landesbeauftragte, darunter Kommunalvertretungen, Kirchengemeinden und Vereine. Die Fragen in diesem Zusammenhang betrafen insbesondere

1. die Möglichkeiten der Überprüfung nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG),
2. die Verfahrensweise der Überprüfungen und der Umgang mit den Überprüfungsbescheiden,
3. die Bewertung aufgefundener Unterlagen und die daraus folgenden Konsequenzen sowie
4. die Archivierung der Unterlagen bzw. der Umgang mit den Unterlagen nach Abschluss der Überprüfungsverfahren.

¹¹ Beschluss des Landgerichts Leipzig vom 19.08.2011 (Az. BSRH 16.354/09)

¹² Rauhut, Michael: Beat in der Grauzone: DDR.-Rock 1964 bis 1972- Politik und Alltag, S. 137 ff.; Liebing, Yvonne: All you need is beat. Jugendsubkultur in Leipzig 1957-1968, S. 61 ff.

¹³ BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-7240, S. 3 f.

¹⁴ BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG-7240, S. 4

Die Intensität der Debatten in der Öffentlichkeit über Fragen der Überprüfung insbesondere in den kleinen Gemeindevertretungen und Städten hat in der letzten Zeit eher zugenommen. Ausdruck findet es auch in der Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes Ende des Jahres 2011. Die geltende Frist zur Überprüfung von Personen wurde auf das Jahr 2019 verlängert. Neben der Verlängerung des Überprüfungsverfahrens wurde aufgrund der einschlägigen Erfahrungen der letzten Jahre auch die Möglichkeit eröffnet, ehrenamtliche Bürgermeister, leitende Mitarbeiter ab der Besoldungsgruppe A9 bzw. der Entgeltgruppe E9 sowie bei begründetem Verdacht alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, alle von der öffentlichen Hand bestellten Mitglieder in Vertretungs- bzw. Aufsichtsorganen, sämtliche Bewerber um ein öffentliches Amt bzw. Mandat sowie alle ehrenamtliche Mitarbeiter und Gremienmitglieder in Aufarbeitungsinitiativen zur SED-Diktatur überprüfen zu lassen.

Neben der Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeiten wurde auch der Zugang zu Unterlagen von Verstorbenen für nahe Angehörige erleichtert. Verbessert wurden Recherchemöglichkeiten für die Forschung, die Presse und die politische Bildung.

Für die Landesbeauftragten, die auch einen landesspezifischen Auftrag zur Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes haben, wurden die Nutzungsbedingungen verbessert. Sie werden jetzt als Forschungseinrichtung anerkannt und bekommen Akteneinsicht auch in nichtanonymisierte Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (§ 32 Abs. 1 Nr. 7a StUG).

3. Historisch-politische Aufarbeitung

Im Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagen-Gesetz (§ 2 Abs. 5 StUG-AG) wird als weitere Aufgabe der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern die Förderung der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes festgeschrieben. Dieser Aufgabe kommt die Landesbeauftragte mit vielen Veranstaltungen und Forschungsprojekten zum Thema nach. Zahlreiche Publikationen konnten zu den verschiedenen thematischen Bereichen der politisch-historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR durch die Behörde der Landesbeauftragten veröffentlicht werden. Auch Ausstellungen sind ein geeignetes Mittel, um historische Themen zu vermitteln und die Auseinandersetzung des Publikums mit historisch-politischen Themen zu befördern. Die Landesbeauftragte verfügt über mehrere Wanderausstellungen zu verschiedenen Themen, die kostenfrei ausgeliehen werden können.

3.1 Forschungsprojekte

Im Jahr 2011 wurden seitens der Behörde der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen an verschiedenen Einzelthemen der historisch-politischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gearbeitet. Diese Arbeiten wurden nicht nur durch die Mitarbeiter der Behörde durchgeführt, etliche Themen wurden dabei eigenständig oder in enger Begleitung durch die Landesbeauftragte von externen Wissenschaftlern, Studenten und interessierten Einzelforschern bearbeitet. Neben umfangreichen Materialsammlungen, die bei diesen Recherchen entstehen, können die Ergebnisse aus diesen Forschungsbereichen in Vorträgen, Aufsätzen oder Publikationen veröffentlicht werden.

Die Einflussnahme des MfS auf das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin

Untersucht wurde mit diesem Projekt die Einflussnahme von SED und MfS auf das Schweriner Theater in den Jahren 1968 bis 1989. Für diese Forschungsarbeit wurden neben den Akten des Staatssicherheitsdienstes auch umfangreich SED-Akten und andere Unterlagen sowie die Erinnerungen von Zeitzeugen einbezogen.

Sekretariat für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Rostock

Mit diesem Projekt wurde untersucht, welchen Einfluss die Staatssicherheit auf Funktion und Aufgaben des Sekretariats für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Rostocks und der Beauftragten für Kirchenfragen bei den Räten der Kreise des Bezirkes Rostocks genommen hat und wie sich dieser Einfluss auf die kirchliche Jugendarbeit in den Jahren 1970 bis 1989 ausgewirkt hat.

Die Einflussnahme des MfS auf die Neustrelitzer Laienkulturszene

In dieser Regionalstudie wurde zum Einfluss der Staatssicherheit auf die Neustrelitzer Laienkulturszene recherchiert, insbesondere am Beispiel des Volkskunstensembles Strelitzen und der Kleinen Galerie des VEB BDS Neubrandenburg, Sitz Neustrelitz.

Der Einfluss der Staatssicherheit auf die Eltern, die betroffenen Kinder und Jugendlichen, das pädagogische Personal und die Zustände in den Einrichtungen der Jugendhilfe der DDR

Schwerpunkt der Arbeit der Landesbeauftragten war in den zurückliegenden Monaten die Situation der ehemaligen Heimkinder der DDR. Das spiegelte sich auch in den eingereichten Forschungsprojekten wider. Bei dieser Studie wurde ein besonderer Fokus auf die Bedingungen in den Spezialkinderheimen gelegt. Die Ergebnisse der Forschung sollen für eine Arbeit verwendet werden, die sich mit einer Analyse von Theoriebildung und Erziehungswirklichkeiten in DDR-Spezialkinderheimen beschäftigt.

Die Einflussnahme des Ministeriums für Staatssicherheit an der innerdeutschen Grenze zwischen Ostsee und Elbe

Mit diesem Projekt soll untersucht werden, welchen Einfluss die Staatssicherheit an der innerdeutschen Grenze zwischen Ostsee und Elbe genommen hat. Schwerpunkte sind Fluchtgeschichten und das Alltagsleben an der Grenze.

Die Einflussnahme des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Vorbereitung der Veranstaltung der Universität Greifswald zum 100. Geburtstag des ehemaligen Rektors Ernst Lohmeyer

Der Theologe Ernst Lohmeyer war 1945 als Rektor eingesetzt, aber bereits im Februar 1946 von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet, im August 1946 von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und im September 1946 erschossen worden. Die Bezirksverwaltung Rostock des MfS hatte Ende der 80er Jahre der damaligen Universitätsleitung vermutlich Hinweise gegeben, dass Lohmeyer möglicherweise ein Kriegsverbrecher gewesen sei. Mit diesem Projekt wird untersucht, welchen Einfluss die Staatssicherheit auf die Vorbereitung der Universität Greifswald zum 100. Geburtstag des ehemaligen Rektors Ernst Lohmeyer im September 1990 genommen hat.

3.2 Veröffentlichungen

Einen wichtigen Beitrag im Prozess der vielfältigen inhaltlichen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und dem erschreckenden Wirken der Staatssicherheit der DDR leisten die unterschiedlichen Publikationen, die durch die Behörde der Landesbeauftragten herausgegeben werden. Einige dieser Forschungsvorhaben konnten 2011 zum Abschluss gebracht und veröffentlicht werden.

Arvid Schnauer: „Die Arbeit des Rostocker Gerechtigkeitsausschusses. Teil 2“

Der Gerechtigkeitsausschuss der Stadt Rostock hat über fünf Jahre in zwei verschiedenen Systemen gewirkt: 1989/1990 als Gremium der alten Stadtverordnetenversammlung und danach bis November 1994 als Ausschuss der neuen Rostocker Bürgerschaft. Zum ersten Abschnitt der Arbeit des Gerechtigkeitsausschusses wurde durch die Landesbeauftragte bereits 2009 eine Publikation veröffentlicht. Nun liegt der zweite Teil mit den Erinnerungen und Notaten zur Arbeit des Gerechtigkeitsausschusses in den Jahren von 1990 bis 1994 von Arvid Schnauer vor.

Christiane Baumann: „Hinter den Kulissen. Inoffizielle Schweriner Theatergeschichten. 1968 bis 1989“

Dieses Forschungsprojekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung und ist ein Novum, denn derart zusammenhängende Recherchen über Stasi-Aktivitäten gibt es bislang zu keinem anderen ostdeutschen Sprechtheater. Die Forschungsergebnisse von Christiane Baumann konnten im September 2011 publiziert und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Das öffentliche Interesse an dieser Thematik war derart groß, dass die erste Auflage dieser Publikation bereits im Herbst vergriffen war. Im November 2011 konnte eine zweite Auflage dieser Studie erscheinen.

In zweiter Auflage erschienen im Jahr 2011 aufgrund der großen Nachfrage auch die von der Landesbeauftragten herausgegebenen Publikationen von Johannes Beleites: „Schwerin. Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Schwerin“ und Anne Drescher: „Das Lager Wöbbelin nach Kriegsende. 1945 bis 1948“.

3.3 Veranstaltungen

Ein wichtiger Höhepunkt 2011 war der 15. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 27. bis 29. Mai 2011 in Dessau. Er stand unter dem Thema „Der lange Schatten der Mauer“. In Fachvorträgen und Podiumsdiskussionen informierten und diskutierten Referenten, Zeitzeugen und Gäste zu den Themen „Mauer - Staatsgrenze - Antifaschistischer Schutzwall“, „Das Grenzregime der DDR“ sowie „Flucht und Ausreise“. Der 15. Bundeskongress wurde in diesem Jahr federführend durch die Mitarbeiter der Landesbeauftragtenbehörde in Sachsen-Anhalt vorbereitet. Zur Eröffnung des Kongresses und zur Begrüßung der über 180 angereisten Teilnehmer sprachen der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Herr Dr. Reiner Haseloff, der Oberbürgermeister von Dessau-Roßlau Herr Klemens Koschig sowie Herr Joachim Liebig, Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts und unterstrichen die landesweite und bundespolitische Bedeutung dieses Bundeskongresses. Neben den Fachvorträgen wurde auch die Arbeit der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen in Deutschland vorgestellt. Die Verbandsvertreter nutzten die Tagung zu Projektpräsentationen und zum Erfahrungsaustausch.

Wie in jedem Jahr trafen sich Überlebende und Angehörige der „Malchower Werwolftragödie“ mit Vertretern der Stadt Malchow, der dortigen Kirchgemeinde und der Landesbeauftragten auch 2011 zu ihrem zweitägigen Jahrestreffen. Die Landesbeauftragte unterstützt die Mitglieder des Verbandes „Schicksalsaufarbeitung Müritzkreis nach 1945“ in ihrer wichtigen Erinnerungsarbeit. Neben dem Totengedenken an diejenigen, die in Straflagern der sowjetischen Besatzungsmacht zu Tode kamen, werden Informationen zu den aktuellen Ereignissen in Malchow ausgetauscht und es finden gemeinsame Gespräche mit Politikern des Landes statt. Als Gastredner 2011 nahm der frühere Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Berndt Seite teil. Er betonte, „Die Erinnerung muss Ausrufezeichen setzen, damit wir nie wieder in die Sümpfe der Diktaturen gezogen werden können. ... Die kleinen Schritte bringen uns mehr vorwärts als die großen, denn die verstopft man oft.“ Als einen solchen kleinen, aber wichtigen Schritt benannte er das Aufstellen einer Stele zum Gedenken an die Jungen und Mädchen der „Malchower Werwolftragödie“.

Zum bereits 9. Bützower Häftlingstreffen kamen vom 25. bis zum 27. September 2011 ehemalige politische Häftlinge, Angehörige und Interessierte im Rathaus in Bützow zusammen. Dabei stand die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit in Film, Fernsehen und Rundfunk im Mittelpunkt. Einer der ehemaligen Häftlinge, Wolfgang Severin-Iben, fasst in einem Zeitungsartikel das Treffen so zusammen: „Miteinander reden und zueinander finden ... und erkennen - das ist das, was wir wollen.“ Die jährlichen Treffen der ehemaligen politischen Häftlinge in Bützow sind zu einem bedeutenden Ereignis für alle Teilnehmer geworden.

Die Bemühungen der ehemaligen Heimkinder in der DDR in Mecklenburg-Vorpommern einen Interessenverband zu gründen, wurden im November 2011 erfolgreich umgesetzt. In den vorangegangenen Gesprächen hatte sich immer wieder das Bedürfnis der betroffenen ehemaligen Heimkinder gezeigt, sich in einem Verband zu organisieren. Über 200 Frauen und Männer wurden zu einem Treffen eingeladen, das durch die Landesbeauftragte erstmalig vorbereitet wurde. Fast alle angesprochenen Betroffenen meldeten sich zurück und bekundeten ihr Interesse an dieser Veranstaltung. Vielen war es aber aufgrund ihrer persönlichen Situation nicht möglich, nach Schwerin zu kommen. Sie fühlten sich einer „öffentlichen“ Auseinandersetzung mit der eigenen leidvollen Geschichte noch nicht gewachsen. Am 28. November 2011 trafen sich etwa 60 ehemalige Heimkinder. Etliche fanden den Mut, sich über ihr Schicksal auszutauschen. Es wurden Ziele formuliert, in welcher Form für das erlebte Unrecht Wiedergutmachungen geleistet werden könnten. Die Anwesenden wählten einen Vorstand, der die Betroffenen gegenüber der Presse und der Öffentlichkeit vertritt. Weitere Treffen, dann durch den Verband selbstständig organisiert, sollen folgen, möglicherweise auch mit der Option, einen eingetragenen und gemeinnützigen Verein zu gründen.

Eine Übersicht über alle Veranstaltungen der Landesbeauftragten im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit und politischen Bildung wird in Tabelle 4 im Anhang gegeben.

3.4 Ausstellungen

In Zusammenarbeit mit der Behörde der Landesbeauftragten entstanden in den vergangenen Jahren mehrere Wanderausstellungen. Ergebnisse aus den Forschungsprojekten, Rechercheergebnisse aus den Akten des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, aus SED-Akten und anderen Unterlagen und die lebensgeschichtlichen Erinnerungen von Betroffenen wurden in die Erarbeitung der Ausstellungen einbezogen. Alle Ausstellungen können kostenfrei ausgeliehen werden. Bei Bedarf begleitet die Landesbeauftragte die Ausstellungen und bietet Veranstaltungen zu den Ausstellungseröffnungen und Seminare zu den Ausstellungsthemen an.

Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg und Vorpommern

Eine Ausstellung der Landesbeauftragten in Zusammenarbeit mit Politische Memoriale e. V. Am Demmlerplatz in Schwerin hatte das Sowjetische Militärtribunal zwischen 1945 und 1953 seinen Sitz und verurteilte Hunderte von unschuldigen Frauen und Männern zu hohen Haftstrafen, manche auch zum Tode. Die Ausstellung beschreibt auf zehn Doppeltafeln die Geschichte der Sowjetischen Militärtribunale in der Sowjetischen Besatzungszone an konkreten Beispielen.

Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern

Eine Ausstellung der Landesbeauftragten, der Ostakademie Lüneburg und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Ausgewählte Dokumente und Erinnerungen von Zeitzeugen beziehen sich auf die Ereignisse im Norden der DDR.

Die Ausstellung dokumentiert neben den Ereignissen des 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern aber auch die damalige politische, wirtschaftliche und soziale Situation in der DDR.

Zu dieser Ausstellung ist ein Begleitheft verfügbar.

Kommunistische Repression und Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er-Jahren

Eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung MV und der Landesbeauftragten. Die Ausstellung vermittelt Informationen zur politischen Situation in der DDR und Polen in den 1950er Jahren sowie vergleichende Einblicke in Ausprägungen von Diktatur und Widerstand. Aufgezeigt werden auch die Folgen der Aufstände in der DDR 1953 und in Polen 1956 für die weitere Entwicklung in beiden Ländern und für die Oppositionsbewegungen in Mittel- und Osteuropa.

Aufbruch im Norden

Eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung MV und der Landesbeauftragten. Die Wanderausstellung „Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90“ dokumentiert exemplarisch deren Ursprünge, Verlauf, Akteure und Ergebnisse. Dabei richtet sich der Blick auf die Ereignisse in der gesamten DDR, bspw. die Proteste anlässlich der gefälschten Volkskammerwahl vom 7. Mai 1989 oder die Ausreisewelle im Sommer 1989 und die anschließende Formierung der Opposition. Parallel dazu werden die allgemeinen Entwicklungen anhand von Beispielen in den drei ehemaligen Nordbezirken (Neubrandenburg, Rostock, Schwerin) veranschaulicht. Damit werden die vielfältigen Gründe für die zunehmende Auflehnung der Bürger gegen das SED-Regime nachvollziehbar.

4. Zusammenarbeit

Zusammenarbeit mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Zwischen den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen des Landes und der Dienststelle der Landesbeauftragten besteht seit vielen Jahren eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Landesbeauftragte vertritt die Interessen der von politischer Verfolgung Betroffenen und ist ihnen eine wichtige Ansprechpartnerin. In Mecklenburg-Vorpommern sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen aktiv:

- Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS)
- Interessenverband der Zwangsausgesiedelten in MV
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Schicksalsaufklärung Müritzkreis nach 1945/Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V.
- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- Arbeitsgemeinschaft Workuta/GULAG
- Heimkinder Ost - Mecklenburg Vorpommern e. V. (i.G.)
- Bürgerbüro Heiko Lietz
- Selbsthilfegruppe „Stasiopfer“ Stralsund
- Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e. V.
- Geschichtswerkstatt Rostock e. V.
- Über die Ostsee in die Freiheit e. V.
- Politische Memoriale e. V.
- Grenzturm Kühlungsborn e. V.
- Stasi-Haftanstalt Töpferstraße, Neustrelitz e. V.

Mit Vertretern dieser Vereine und Aufarbeitungsinitiativen fanden 2011, wie auch in den vergangenen Jahren, regelmäßige Treffen in den Räumen der Landesbeauftragtenbehörde statt. Die Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Diskussion über Veränderungen der gesetzlichen Bestimmungen im Rehabilitierungsrecht, Möglichkeiten der Wiedergutmachung politischen Unrechts und der Koordinierung der gemeinsamen Veranstaltungen. So konnten sich die Vertreter der Opferverbände aktiv in die Diskussion um die 8. Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes (StUG) einbringen. Ganz besonders begrüßten die Vertreter der Verbände und Aufarbeitungsinitiativen das Beschäftigungsverbot von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (§ 37a StUG). Viele Betroffene politischer Verfolgung betrachten es als nicht hinnehmbar, dass gerade in dieser Bundesbehörde frühere Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit arbeiten.

Auch 2011 unterstützte die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes die Arbeit der Verbände und Initiativen im Land. An den verschiedenen Vorhaben beteiligte sie sich als Mitveranstalterin oder nahm als Gast oder Referentin an zahlreichen Veranstaltungen der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen teil.

Zusammenarbeit mit der Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich regelmäßig einmal im Monat. In regelmäßigen Abständen nimmt an der Konferenz der Landesbeauftragten auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn teil. Im Berichtsjahr wurde in diesen Gesprächsrunden vor allem die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes diskutiert. Ein weiteres wichtiges Thema, das im Berichtszeitraum besprochen wurde, ist die Situation der ehemaligen Heimkinder. Beraten wurden die Forderungen der Vertreter dieser Betroffenen-Gruppe nach Rehabilitierung und Unterstützungsleistungen und die Möglichkeiten der Ausgestaltung dieser Leistungen. Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang auch Vorschläge notwendiger Änderungen an den Rehabilitierungsgesetzen, um dieser Betroffenengruppe den Zugang zu Rehabilitierungsmöglichkeiten und den daraus resultierenden Folgeansprüchen zu ermöglichen.

In Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde der diesjährige Bundeskongress der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vorbereitet, der vom 27. bis 29. Mai 2011 in Dessau durchgeführt wurde.

Zusammenarbeit mit den Außenstellen der Bundesbeauftragten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin

Die Landesbeauftragte lädt zweimal im Jahr die drei Außenstellenleiter des Bundesbeauftragten aus Neubrandenburg, Rostock und Schwerin zu einem Gedankenaustausch in ihre Behörde in den Jägerweg ein. Im Mittelpunkt stand im Jahr 2011 die Diskussion über die geplante Schließung der Außenstellen im Norden und die beabsichtigten Strukturveränderungen in der Behörde des Bundesbeauftragten sowie die 8. Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes. Die konkrete Zusammenarbeit mit den Außenstellen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin erstreckte sich auch im Berichtszeitraum auf verschiedene gemeinsam geplante und durchgeführte Veranstaltungen (siehe Tabelle 4 im Anhang) und die bereits im Kapitel 2 genannten gemeinsamen Beratungstage im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beteiligte sich an der Vorbereitung und Finanzierung des Bundeskongresses im Mai 2011 in Dessau und weiteren Tagungen und Veranstaltungen der Konferenz der Landesbeauftragten.

Darüber hinaus besteht seitens der Bundesstiftung seit vielen Jahren eine kontinuierliche Unterstützung der Arbeit der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen auch auf dem Gebiet der Bürgerberatung. Im Rahmen der Beratungsoffensive konnte die Bundesstiftung mit zusätzlichen finanziellen Mitteln die Arbeit der Landesbeauftragten in diesem Bereich wirkungsvoll unterstützen und der eingangs genannte gestiegene Beratungsbedarf dank zusätzlicher Mittel bewältigt werden.

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern ist Mitglied im Fachbeirat „Gesellschaftliche Aufarbeitung/Opfer und Gedenken“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Mitglieder des Fachbeirates werden seitens der Bundesstiftung in die Entscheidungsfindung zur Fördermittelvergabe und in die Perspektivdiskussion in der Aufarbeitungs- und Gedenkstättenlandschaft mit eingebunden.

Sitzungen des Fachbeirates dienen außerdem der Vorstellung der jeweiligen thematischen Schwerpunkte in der Arbeit der Bundesstiftung. „Erinnerung an die Opfer der Diktaturen sowie an Opposition und Widerstand“ stand für den diesjährigen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit. Ergänzend dazu ist für die Folgejahre eine Gesprächsreihe zum Thema „Anpassung, Arrangement und Verweigerung“ in Vorbereitung.

Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und dem Verein „Politische Memoriale e. V.“

Der thematische Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung lag in diesem Jahr bei der Grenzsicherung vor 50 Jahren und dem Bau der Berliner Mauer.

Beide Behörden organisierten gemeinsam mit den Mitarbeitern des Bus-Projekts „Demokratie auf Achse“ eine Veranstaltungstour entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Besucht wurden Orte, die von dem Leben mit und an der Grenze zwischen Ost und West geprägt waren.

Eine Lehrerfortbildung mit dem Thema „Es war doch nicht alles schlecht ...?!“ wurde gemeinsam mit der Außenstelle des Bundesbeauftragten in Rostock durchgeführt. Die DDR ist seit über 20 Jahren „Geschichte“, doch die Frage „Was war die DDR eigentlich?“ wird schärfer denn je diskutiert. Für die einen war sie geprägt durch die Repressionen in der Diktatur, für die anderen war sie der Versuch einer sozial gerechten Gesellschaft. Angesichts dieser Polarisierung und des zunehmenden zeitlichen Abstands wächst die Bedeutung der Geschichtsvermittlung im Schulunterricht.

Auch in diesem Jahr wurde das Bützower Häftlingstreffen gemeinsam durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, den Verein Politische Memoriale e. V., die Landeszentrale für politische Bildung MV, die Stadt Bützow und die Landesbeauftragte vorbereitet.

Mit dem Verein „Politische Memoriale“ e. V. wurden im Berichtszeitraum weitere gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten, so in Prora, Bützow und Neustrelitz durchgeführt.

Gerade solche regionalen Projekte ermöglichen zunehmend die lokale Verankerung der Erinnerungsarbeit.

5. Anhang mit Grafiken und Tabellen

Grafik 1: Beratung bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 2001 bis 2011

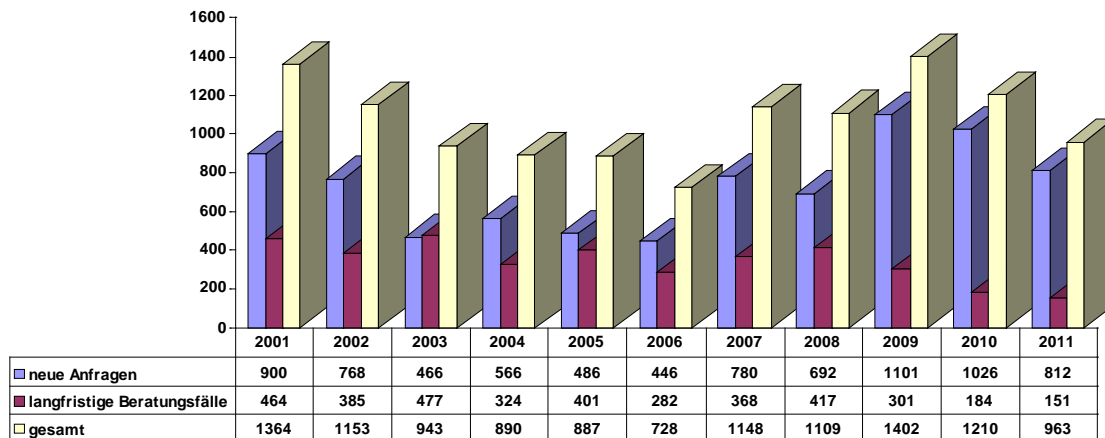


Tabelle 1: Antragszahlen in den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2011 (nachrichtlich, ohne Anträge auf Decknamenentschlüsselung und Kopien)

Außenstelle	Erstanträge	Wiederholungsanträge	Anträge gesamt
Neubrandenburg	1.133	449	1.582
Rostock	2.155	913	3.068
Schwerin	2.041	793	2.834

Tabelle 2: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz

Jahr	Bund		Mecklenburg-Vorpommern	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2011	3.435	6.906.400,00 €	343	681.750,00 €
2010	3.582	7.384.400,00 €	378	776.550,00 €
2009	3.414	7.307.850,00 €	369	763.650,00 €
2008	4.560	9.187.400,00 €	313	606.800,00 €
2007	5.883	11.612.700,00 €	426	854.150,00 €
2006	6.347	11.779.950,00 €	416	809.250,00 €
2005	5.513	10.167.500,00 €	395	840.050,00 €
2004	5.352	10.496.900,00 €	352	777.400,00 €
2003	5.617	11.652.350,00 €	369	842.150,00 €
2002	5.271	13.172.514,50 €	359	974.450,00 €
2001	4.001	19.996.206,00 DM	222	1.222.100,00 DM
2000	3.307	17.342.500,00 DM	202	1.170.400,00 DM
1999	2.316	11.000.000,00 DM	94	453.200,00 DM

Tabelle 3: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)*

Jahr	Bund	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2011	4.194	2.249.550,00 €
2010	3.980	2.498.050,00 €
2009	2.522	2.650.000,00 €
2008	1.562	1.699.150,00 €
2007	1.264	1.249.700,00 €
2006	1.571	1.500.950,00 €
2005	1.711	1.978.600,00 €
2004	1.765	3.650.050,00 €
2003	1.513	2.544.300,00 €
2002	1.557	3.153.700,00 €
2001	945	2.999.700,00 DM
2000	514	1.499.900,00 DM
1999	428	835.900,00 DM

* Keine Aufschlüsselung nach Ländern verfügbar

Tabelle 4: Veranstaltungen

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
28.02.11	Innerstädtisches Gymnasium Rostock	Landeszentrale für politische Bildung MV, BSTU-Außenstellen Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Institut für Qualitätsentwicklung MV	Lehrerfortbildung	„Es war doch nicht alles schlecht...?! Alltag und Herrschaft in der DDR“
15.03.11	Schwerin		Lesung	Ulrich Schacht: „Vereister Sommer. Auf der Suche nach meinem russischen Vater“
18.03.11	Leipzig	Bürgerkomitee Leipzig e. V., Gedenkstätte „Runde Ecke“ Leipzig	Lesung zur Buchmesse	„Die Arbeit des Rostocker Gerechtigkeitsausschusses“
19.03.11	Leipzig	Bürgerkomitee Leipzig e. V., Gedenkstätte „Runde Ecke“ Leipzig	Lesung zur Buchmesse	Christian Sachse: „Der letzte Schliff. Jugendhilfe der DDR im Dienst der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen (1945-1989)“
10.04.11	Neubrandenburg	Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen	Jahresgedenkanstaltung	20. Jahrestag der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
13.04.11	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung MV	Vortrag	Christian Sachse: „Der letzte Schliff. Jugendhilfe der DDR im Dienst der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen (1945-1989)“
19.04.11	Rostock		Buchvorstellung	Arvid Schnauer: „Die Arbeit des Rostocker Gerechtigkeitsausschusses“
28.04.– 29.04.11	Binz	Landeszentrale für politische Bildung MV, Politische Memoriale e. V.	Workshop	Bausoldaten in der DDR
27.05.– 29.05.11	Dessau-Roßlau	Konferenz der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung	Bundeskongress	„Der lange Schatten der Mauer“
04.06.– 06.06.11	Dresden	Konferenz der Landesbeauftragten	Beratung und Gespräche	Stand zum 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag
17.06.11	Stralsund	Kreisdiakonisches Werk Stralsund e. V.	Gedenkanstaltung	„Denn dem Mutigen gehört die Straße! Gedenken zum 17. Juni 1953“
18.06.11	Schwerin	Helios-Klinik Schwerin	Symposium	„Zur Rolle des Bürgertums in Vor- und Nachwendeziten - zeitgeschichtliche und intergenerationelle Betrachtungen“
21.06.11	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung MV, Filmbüro MV	Filmvorführung und Diskussion	„Schranken. 50 Jahre Mauerbau“
30.06.11	Neubrandenburg	BStU Neubrandenburg, Ev. Kirchgemeinde St. Johannis Neubrandenburg	Ausstellungseröffnung	„Unerkannt durch Freundesland. Illegale Reisen durch das Sowjetreich“
30.07.11	Neubrandenburg	BStU Neubrandenburg, Verein Latücht e. V.	Filmvorführung und Lesung	„Unerkannt durch Freundesland. Illegale Reisen durch das Sowjetreich“
31.07.11	Sachsenhausen	Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V., Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen	Gedenkanstaltung	Gedenkrede anlässlich der Gedenkanstaltung zum 66. Jahrestag der Verlegung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 nach Sachsenhausen

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
01.08.11	Schwerin, Helios-Klinik	Helios-Klinik Schwerin	Einführung und Gespräch	Eröffnung der Tagesklinik für Psychosomatik
02.08.11	Ribnitz-Damgarten	Stadt Ribnitz-Damgarten	Lesung und Gespräch	Referent: Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost, Jan Schönfelder: „Westbesuch – Die geheime DDR-Reise von Helmut Kohl“
09.08.11	Peter-Joseph-Lenné-Schule Ludwigslust		Lehrerfortbildung	„Heime und Jugendwerkhöfe in der DDR“
12.08.–13.08.11	Schlagsdorf, Zarrentin	Landeszentrale für politische Bildung MV, Verein „Grenzhus“ e. V.	Fachtagung und Gedenkveranstaltung	„Diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze. Der Mauerbau und seine Folgen für die Menschen zwischen Ostsee und Elbe“
15.08.–18.08.11	Mölln, Dömitz, Neuhaus, Lübeck	Landeszentrale für politische Bildung MV, DAA	Grenztour 2011	Erinnerung an 50 Jahre Mauerbau
22.08.11	Rostock		Weiterbildung	„Heime und Jugendwerkhöfe in der DDR“, Weiterbildungsveranstaltung für Mitarbeiter am Landgericht Rostock
29.08.11	Görslow	BStU Außenstelle Schwerin	Tag der offenen Tür, Beratung und Gespräche	Zentrales Thema „50 Jahre Mauerbau“
05.09.11	Innerstädtisches Gymnasium Rostock	Bundeszentrale für politische Bildung, Robert-Havemann-Gesellschaft	Konzertlesung und Gespräch	Stephan Krawczyk: „Mein bester Freund wohnt auf der anderen Seite“
06.09.11	Humboldt-Gymnasium Greifswald	Bundeszentrale für politische Bildung, Robert-Havemann-Gesellschaft	Konzertlesung und Gespräch	Stephan Krawczyk: „Mein bester Freund wohnt auf der anderen Seite“
11.09.11	Neustrelitz	Stasi-Haftanstalt Töpferstraße e. V. Neustrelitz	Tag des offenen Denkmals	Führungen durch die ehemalige U-Haft-Anstalt der früheren Bezirksverwaltung des MfS (Neubrandenburg) in Neustrelitz
20.09.11	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung MV	Lesung und Diskussion	Jens Schöne: „Ende einer Utopie. Der Mauerbau in Berlin 1961“
21.09.11	Gymnasium Fridericianum Schwerin		Lesung und Diskussion	Jens Schöne: „Ende einer Utopie. Der Mauerbau in Berlin 1961“
25.09.–27.09.11	Bützow	Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Memoriale e. V., Landeszentrale für politische Bildung MV, Stadt Bützow	Tagung	9. Häftlingstreffen Bützow „DDR-Vergangenheit in Film, Fernsehen und Rundfunk“
01.10.–03.10.11	Bonn	Konferenz der Landesbeauftragten	Beratung, Gespräche, Ausstellung	Zentrale Feier zum Tag der Deutschen Einheit
08.10.11	Neuhaus, ev. Kirche	Kirchgemeinde Neuhaus	Buchlesung	Karin Toben: „Weite Heimat Elbe - Lebenswege an einem Schicksalsfluss“
28.10.11	Mecklenburgisches Staatstheater Schwerin	Mecklenburgisches Staatstheater in Schwerin	Lesung und Diskussion	Christiane Baumann: „Hinter den Kulissen. Inoffizielle Theatergeschichten 1968 bis 1989“
23.10.11	Glaisin		Lesung, Film und Diskussion	Siegfried Jahnke: „Hinter der weißen Wand“
03.11.11	Rostock	BStU, Außenstelle Rostock	Lesung und Diskussion	Heidemarie Puls: „Schattenkinder - Hinter Torgauer Mauern“

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
09.11.11	Neu- brandenburg	BStU Außenstelle	Vortrag und Diskussion	Jan Hübler: „Der letzte Ballonfluchtversuch aus der DDR - Ein bebildeter autobiografischer Tatsachenbericht“
09.11.11	Elbe- Gymnasium Boizenburg	Politische Memoriale e. V.	Schul- veranstaltung	Thomas Raufeisen: „Der Tag, an dem uns Vater erzählte, dass er ein DDR-Spion sei“
09.11.11	Schwerin	Politische Memoriale e. V.	Lesung und Gespräch	Thomas Raufeisen: „Der Tag, an dem uns Vater erzählte, dass er ein DDR-Spion sei“
12.11.11	Schwerin		Tagung	Treffen „Heimkinder Ost“
16.11.11	Pädagogium, Schwerin		Projekttag	„Freiheit in Torgau ist Teuer“. Projekttag über die Grenzen der Freiheit in der DDR am Beispiel des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau
25.11.11	Schwerin	Auswärtiges Amt Berlin, Landtag MV	Vortrag und Diskussion	„Normalisierung von Beziehungen – deutsche Erfahrungen“ Gesprächsrunde mit einer hochrangigen Delegation aus der Republik Kosovo

Tabelle 5: Das Projekt „Demokratie auf Achse“ in Zahlen

	2008	2009	2010	2011	insgesamt
Besuchte Schulen	34	44	41	54	173
Besuchte öffentliche Plätze	32	43	41	40	156
Erreichte Schüler	2.300	3.100	2.900	3.800	12.100
Erreichte Bürger	1.200	1.900	1.800	1.600	6.500
Gefahrene Kilometer	7.000	20.000	15.000	20.000	62.000
Gestellte Anträge auf Stasiakten- einsicht	350	600	400	400	1.750

Grafik 2: Besuchte Stationen

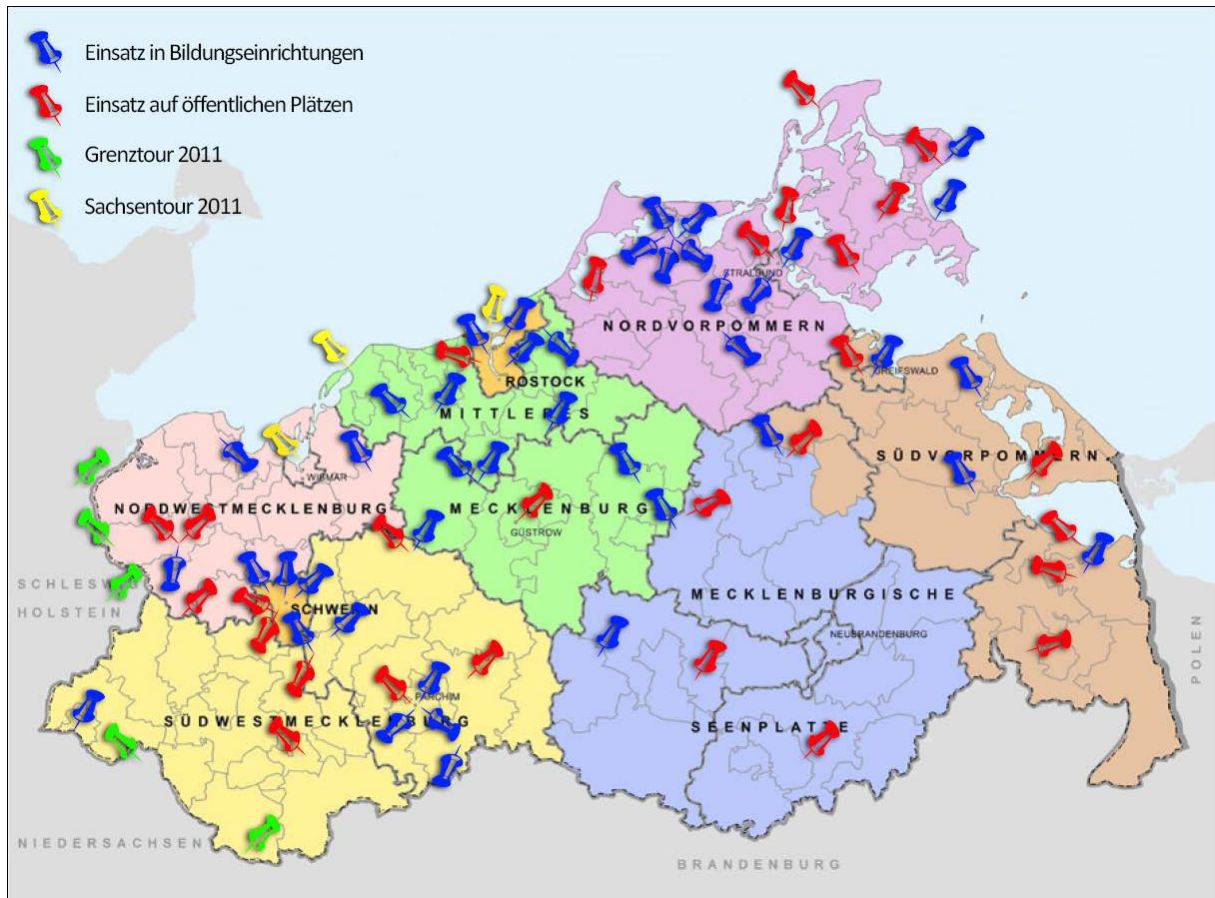


Tabelle 6: Projekttag an Bildungseinrichtungen und Veranstaltungen des Projekts „Demokratie auf Achse“

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
18.01.2011	Schwerin	Berufsschulförderzentrum	Planspiel „Wahlen“
20.01.2011	Schwerin	Berufsschulförderzentrum	Planspiel „Wahlen“
01.02.2011	Rostock	Borwinschule (Gesamtschule)	Planspiel „Wahlen“
02.02.2011	Rostock	Borwinschule (Gesamtschule)	EU-Projekttag
15.02.2011	Barth	Zivildienstschule	Filmabend „Ostpunk“
16.02.2011	Barth	Zivildienstschule	2 x Planspiel „Wahlen“
17.02.2011	Barth	Zivildienstschule	2 x Planspiel „Akronia“
08.03.2011	Schwerin	Drescher Markt	100. Frauentag
16.03.2011	Barth	Zivildienstschule	2 x Planspiel „Wahlen“
17.03.2011	Barth	Zivildienstschule	2 x Planspiel „Akronia“
21.03.2011	Anklam	Grafikschule	Planspiel „Wahlen“
22.03.2011	Wolgast	Berufsschule OVP	Planspiel „Akronia“
28.03.2011	Salem	Lehrerfortbildung	Beratung
29.03.2011	Salem	Lehrerfortbildung	Beratung
30.03.2011	Salem	Lehrerfortbildung	Beratung
05.04.2011	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Wahlen“
06.04.2011	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Wahlen“
07.04.2011	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Wahlen“
11.04.2011	Boizenburg	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
14.04.2011	Parchim	Berufliche Schule	Planspiel „Akronia“
15.04.2011	Sternberg	Regionale Schule	Planspiel „Wahlen“
28.04.2011	Malchow	Regionale Schule	DDR-Geschichte
29.04.2011	Satow	Regionale Schule	Planspiel „Wahlen“
02.05.2011	Stralsund	Justizvollzugsanstalt, geschlossener Vollzug	„Haftbedingungen in der DDR“
07.05.2011	Usedom	Peenewiesen	Jugendfestival „VOICES“
08.05.2011	Demmin	Am Hafen	Blockadeaktion gegen Naziaufmarsch
16.05.2011	Banzkow	Regionale Schule	Planspiel „Wahlen“ + Tour mit der Schweriner Volkszeitung (SVZ)
18.05.2011	Neukloster	Gymnasium	Projekttag „Grenze“
19.05.2011	Neustrelitz	Rathausplatz	Beratungstag der LStU
23.05.2011	Laage	Gesamtschule	Planspiel „Wahlen“
24.05.2011	Binz	Regionale Schule	Projekttag „Grenze“
25.05.2011	Sassnitz	Markt	Bürgerberatung
26.05.2011	Dranske	Markt	Bürgerberatung
28.05.2011	Stralsund	Sozialdiakonisches Zentrum	„Knieperfest“
31.05.2011	Lübz	Markt	SVZ-Tour
01.06.2011	Parchim	Markt	SVZ-Tour

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
06.06.2011	Rostock	Gesellschaft für Beruf & Bildung	„Wahlen“
07.06.2011	Gadebusch	Markt	SVZ-Tour
08.06.2011	Güstrow	Rathausplatz	Beratungstag der LStU + SVZ-Tour
09.06.2011	Sternberg	Markt	SVZ-Tour
15.06.2011	Bützow	Gymnasium	Planspiel „Akronia“ + SVZ-Tour
16.06.2011	Bützow	Gymnasium	Planspiel „Akronia“
17.06.2011	Ludwigslust	Markt	SVZ-Tour
22.06.2011	Boizenburg	Markt	SVZ-Tour
23.06.2011	Rövershagen	KGS	Planspiel „Wahlen“
28.06.2011	Greifswald	Fachgymnasium	Planspiel „Akronia“
29.06.2011	Greifswald	Fachgymnasium	Planspiel „Akronia“
06.07.2011	Rerik	Strandpromenade	Sachsentour
07.07.2011	Warnemünde	Kirchplatz	Sachsentour
08.07.2011	Wismar	Hafenpromenade	Sachsentour
11.07.2011	Demmin	Berufliche Schule	Planspiel „Wahlen“
12.07.2011	Malchin	Berufliche Schule	Planspiel „Wahlen“
11.08.2011	Wittenburg	Aktionstag	„Erfolg braucht Vielfalt“
12.08.2011	Schlagsdorf	Grenzmuseum	LpB, LStU, Pol. Memoriale
13.08.2011	Schlagsdorf	Grenzmuseum	LpB, LStU, Pol. Memoriale
15.08.2011	Lübeck	Grenztour	Podiumsdiskussion
16.08.2011	Mölln	Grenztour	Ausstellungseröffnung
17.08.2011	Dömitz	Grenztour	Vortrag
18.08.2011	Neuhaus	Grenztour	Podiumsdiskussion
20.08.2011	Parow	Marineteknikschule	„Tag der offenen Tür“
23.08.2011	Eggesin	Regionale Schule	Planspiel „Wahlen“
29.08.2011	Gadebusch	Regionale Schule	Planspiel „Wahlen“
30.08.2011	Crivitz	Gymnasium	Planspiel „Wahlen“
31.08.2011	Crivitz	Gymnasium	Planspiel „Wahlen“
01.09.2011	Ribnitz-Damgarten	Markt	Bürgerberatung
02.09.2011	Schwerin	Fridericianum	Planspiel „Wahlen“
03.09.2011	Greifswald	„Der Ball ist bunt“	Demokratie-Aktion
06.09.2011	Satow	Regionale Schule	Planspiel „Wahlen“
07.09.2011	Stralsund	Demokratie-Tage	Planspiel „Wahlen“
08.09.2011	Stralsund	Demokratie-Tage	Präsentation
13.09.2011	Sassnitz	Regionale Schule	Planspiel „Wahlen“
13.09.2011	Garz/Rügen	Markt	Bürgerberatung
14.09.2011	Sassnitz	Regionale Schule	Planspiel „Wahlen“
14.09.2011	Bergen auf Rügen	Markt	Bürgerberatung
15.09.2011	Waren	Markt	Bürgerberatung LStU

Datum	Ort	Institution	Art der Veranstaltung
20.09.2011	Barth	ASB-Bildungsstätte Bundesfreiwilligendienst	Plenspiel „Wahl“
21.09.2011	Rostock	Messe	Jobfactory
22.09.2011	Marnitz	Regionale Schule	Plenspiel „Akronia“
04.10.2011	Rostock	Otto-Lilienthal-Schule	Plenspiel „Wahlen“
05.10.2011	Rostock	Otto-Lilienthal-Schule	Plenspiel „Akronia“
06.10.2011	Bützow	Gymnasium	Plenspiel „Akronia“
13.10.2011	Parchim	Regionale Schule	Plenspiel „Wahlen“
25.10.2011	Eggesin	Berufliche Schule	„Verkehrserziehungstag“
26.10.2011	Pasewalk	Markt	Bürgerberatung
27.10.2011	Uecker- münde	Markt	Bürgerberatung
28.10.2011	Franzburg	Regionale Schule	Plenspiel „Akronia“
01.11.2011	Franzburg	Regionale Schule	Plenspiel „Akronia“
04.11.2011	Schwerin	Neustädtisches Palais	LpB-Jahreskongress
09.11.2011	Klütz	Regionale Schule	Mauerbau
14.11.2011	Niepars	Jugendhaus	Plenspiel „Wahlen“
15.11.2011	Barth	ASB-Bildungsstätte Bundesfreiwilligendienst	Plenspiel „Wahlen“
23.11.2011	Schwerin	Brecht-Gesamtschule	Referate „Die Stasi“
07.12.2011	Barth	ASB-Bildungsstätte Bundesfreiwilligendienst	Plenspiel „Wahlen“
15.12.2011	Parchim	Friedrich-Franz-Gymnasium	Referate „Mauerbau“